Werk

Titel: Die Herausforderung der Dritten Welt an die Industrieländer

Autor: Hermes, Peter

Ort: Berlin

Jahr: 1978

PURL: https://resolver.sub.uni-goettingen.de/purl?385984391_0109|log57

Kontakt/Contact

Digizeitschriften e.V.
SUB Göttingen
Platz der Göttinger Sieben 1
37073 Göttingen

info@digizeitschriften.de

DIE ERDE	109	1978	Pp. 283–294

Die Herausforderung der Dritten Welt an die Industrieländer*)

Von

Peter Hermes (Bonn)

Es ist für mich Auszeichnung und Freude zugleich, heute zur Feier des 150. Gründungstages der „Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin" zu Ihnen zu sprechen. Und gern erfülle ich zunächst die ehrenvolle Pflicht, Ihnen, Herr Präsident, die Glückwünsche der Bundesregierung zu diesem Jubiläum zu überbringen. Möge die „Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin" auch in den kommenden Jahrzehnten im Geist ihrer Gründer und getragen vom Idealismus jedes einzelnen Mitgliedes ihre selbstgewählte Aufgabe erfüllen: das Wissen, die Kenntnis von unserer Welt und von ihren Bewohnern bei uns zu vertiefen und dabei den Dienst an der Wissenschaft aufs engste zu verbinden mit tatkräftigem Einsatz für die Verständigung der Völker und die Wohlfahrt der Menschen.

*) am 30. April 1978 in der Kongreßhalle Berlin gehaltener Festvortrag aus Anlaß der 150. Wiederkehr des Gründungstages der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin.

Staatssekretär Dr. Peter Hermes, Auswärtiges Amt, Adenauerallee 99—103, 5300 Bonn.

I.

Die Gründung der „Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin" vor 150 Jahren hatte hohen geistesgeschichtlichen Rang, der über die Grenzen Preußens und Deutschlands hinausstrahlte. Versetzen wir uns, um dies recht zu würdigen, in den Geist der damaligen Zeit: Das monarchische Europa der späten 20er Jahre des 19. Jahrhunderts verharrt im Zustand der Machtverhältnisse, die der Wiener Kongreß geschaffen hat. In den Gliedstaaten des vergangenen Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation sitzen die angestammten Herrscherhäuser wieder fest im Sattel; sie sind jetzt die vollen Souveräne; der Deutsche Bund wird später die Keimzelle künftiger deutscher Einheit. In den Befreiungskriegen gegen Napoleon beim Bürgertum erweckte Verfassungshoffnungen sind längst erkaltet. Im Zeitalter Metternichs verfolgt die Polizei überall die freisinnigen, republikanischen, konstitutionellen und nationaldeutschen Regungen.

Das deutsche Bürgertum ist von der politischen Enge enttäuscht und entmutigt. Um so größer ist sein Drang nach den Bildungsgütern seiner Zeit, um so stärker auch seine Hinwendung zu fernen, exotischen Ländern und dort vermuteten Räumen unbegrenzter Weite und Freiheit. Und um so aufregender sind die Nachrichten von eben dort, die von Revolutionen, Unabhängigkeitskriegen und republikanischen Staatsgründungen künden.

So gehört ins Bild der Jahre 1827/28: Die deutschen Universitäten, insbesondere die neugegründeten in Preußen, erfreuen sich ungeahnt starken Zulaufs, die Wissenschaft in Deutschland erlebt in internationaler Befruchtung eine erste Blüte. Das goldene Zeitalter der deutschen Wissenschaft beginnt. Im nächsten Jahr werden wir hier in Berlin einen anderen 150jährigen Geburtstag einer bleibenden Gründung, nämlich des Deutschen Archäologischen Instituts, feiern können.

Anton Philipp Reclam und Karl Baedeker gründen ihre Buchverlage, Beethoven stirbt, Schubert komponiert die „Winterreise", Eichendorff schreibt den „Taugenichts" und Goethe prägt das Wort „Weltliteratur".

Nach sechsjährigem Kampf wird in der Seeschlacht von Navarino die Lösung Griechenlands vom Osmanischen Reich besiegelt, das Mutterland der Demokratie als unabhängiger Staat in das europäische Konzert aufgenommen. Das spanische Weltreich zerfällt. In Latein-Amerika erringen junge Republiken ihre Unabhängigkeit, aber der Traum Simón Bolívars von Großreichen auf dem Boden der alten Kolonien zerrinnt. Mit der Monroe-Doktrin, verkündet zum Schutz der westlichen Hemisphäre vor neuen europäischen Kolonisierungsversuchen, melden die Vereinigten Staaten Vormachtsansprüche an.

Tagesgespräch und wissenschaftliches wie gesellschaftliches Ereignis der Berliner Saison 1827/28 sind die Vorlesungen Alexander von Humboldts über „physikalische Weltbeschreibung", zunächst an der Universität, dann — in populärer Weise zusammengefaßt — in der Singakademie. Der Anklang ist ungeheuer: das Auditorium umfaßt alle Schichten — und besonders viele Damen, ein Novum für diese Zeit. Auch der König besucht einige „Kosmosvorlesungen", wie sie später genannt werden.

Denn Humboldt bietet in ihnen als letzter großer Universalist seine Sicht von der Einheit des Weltbildes auf der Grundlage der Einheit der Wissenschaften: in der Fülle

und in den Wechselbeziehungen der einzelnen Erscheinungen und Forschungen wird in Umrissen das wohlgeordnete, das sinnvolle, das bewunderungswürdige Ganze sichtbar.

Humboldts Wirkung auf seine Berliner Hörer ist überwältigend. Die 25 Jahre — immerhin ein Vierteljahrhundert —, die seine Forschungsreise nach Südamerika schon zurückliegt, haben nichts an der Aktualität seiner Erkenntnisse, an seiner persönlichen Ausstrahlung, an seinem Ruhm gemindert. Denn er berichtet gerade von jenen Äquinoktialgegenden, die seine Zeitgenossen faszinieren als das Reich unberührter exotischer Natur, als Kontinent unermessener Weiten und kolossaler Höhen, als Schauplatz revolutionärer Umgestaltungen, als Brennpunkt freiheitlicher und republikanischer Hoffnungen. Humboldt steht zudem im Ruf, selbst den Anstoß für die Unabhängigkeit Spanisch-Amerikas gegeben zu haben; denn er gab kurz nach Rückkehr aus der Neuen Welt einem jungen venezolanischen Revolutionär, Simón Bolívar, sein Urteil über die wirtschaftliche Lage der Kolonien und bezeichnete sie als reif zum Abfall vom Mutterland (ein Ruhm, den er in historischer Objektivität wohl mit seinem Reisegefährten Aimé Bonpland teilen muß).

Jedenfalls: Humboldts Vorlesungen sind in aller Munde, das Lob ist einhellig, der Beifall ungeteilt. Humboldt wird gefeiert als zweiter Kolumbus, als wissenschaftlicher Entdecker der Neuen Welt. Vor allem aber weckt Humboldt eine Begeisterung, die darauf drängt, sein Wirken, so einmalig und unwiederholbar es auch seinerzeit schon schien, als Ansporn zu neuer Forschung und als Vorbild künftiger Gelehrtengenerationen zu wahren: dies ist der historische Augenblick, dies die Aufgabe, mit der vor 150 Jahren die Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin" entsteht. Humboldt ist, wie könnte es anders sein, bei der Gründungsversammlung anwesend.

II.

Sie werden mich fragen: Was soll diese historische Erinnerung zum Thema? Ich antworte: Mir scheint bemerkenswert, wie vor 150 Jahren im Wirken Humboldts Leitmotive anklingen, die wir noch heute hören. Ich möchte einige nennen.

Im 19. Jahrhundert, dem goldenen Zeitalter der deutschen Wissenschaft, wird die Erforschung unserer physischen Umwelt mit Riesenschritten vorangetrieben, die letzten weißen Flecke der Landkarte werden getilgt. Die Völkerkunde bemüht sich um wissenschaftliche Erfassung ferner Kulturen. Die „Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin" schreibt in dieser Zeit ruhmreiche Seiten ihrer Geschichte: mit Heinrich Barth, Gustav Nachtigal und Hermann von Wissmann, die zu ihren Präsidenten zählen, wird sie Ausgangs- und Mittelpunkt der deutschen Afrika-Forschung; berühmte Zoologen, Astronomen, Geographen gehören zu ihren Mitgliedern und erforschen in ihrem Auftrag die neuen deutschen Kolonien.

In eben dieser Zeit vollendet sich auch die Inbesitznahme der, wie man behauptete, noch herrenlosen Gebiete unserer Erde durch die rivalisierenden Mächte Europas: in herrischem Zugriff teilen sie Länder, demarkieren Einflußsphären und begründen koloniale Strukturen des wirtschaftlichen Austauschs. Europa wird Mittelpunkt der Welt. In einer Zeit, in der die Wissenschaft das Ptolemäische Weltbild längst hinter sich gelassen

hat, wird Europa mehr denn je zum Zentrum der weltpolitischen Entscheidungen und der Weltwirtschaft. Gleichzeitig erreicht die europäische Geltung in Kultur und Wissenschaft ihren Höhepunkt.

III.

Daß sich mehr als die Hälfte der Landfläche unserer Erde und weit mehr als die Hälfte ihrer Bevölkerung nicht auf Dauer durch einige europäische Mächte beherrschen ließen, hat die Geschichte der letzten 50 Jahre bewiesen. Mit dem ersten Weltkrieg geht die koloniale Macht des Deutschen Reiches zu Ende. Die Idee des Selbstbestimmungsrechts der Völker, idealistisches Postulat des amerikanischen Präsidenten Wilson für eine neue, gerechte, demokratische, vor allem friedliche Weltordnung, zugleich aber Sprengmittel für Vielvölkerstaaten wie die Donau-Monarchie und das Ottomanische Reich, entfaltet auch in den Kolonialgebieten der Siegermächte ihre Wirkung. Im Gefolge des 2. Weltkrieges setzt dann, angefangen beim niederländischen Kolonialreich in Südostasien, ein weltweiter Prozeß der Unabhängigkeit und Selbstbestimmung ein, der die politische Erdkarte revolutioniert und sich als stärkste Kraft unserer Epoche erweist.

Wir Deutschen haben von diesen Entwicklungen wohl Kenntnis genommen, sie haben uns in der Bundesrepublik Deutschland aber anfänglich nicht so tief berührt wie die europäischen Kolonialmächte. Wir waren konzentriert auf unseren staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wiederaufbau, auf unsere Integration in die europäische Gemeinschaft und ins westliche Bündnis. Unsere Wirtschaft erblühte auf der Grundlage des freien Welthandels, stabiler Währungsparitäten und gesicherter Rohstoffbezüge in der Gesamtordnung einer offenen Weltwirtschaft. Auf dem Hintergrund der deutschen Teilung und als Land an der Schnittlinie zweier konträrer ideologischer, politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Systeme sahen wir den Ost-West-Konflikt als das eigentliche und Hauptleitmotiv der Weltpolitik. Auch unsere Beziehungen zu den neuen Staaten — angefangen von den diplomatischen über die entwicklungspolitischen bis zu den kulturpolitischen — wurden anfänglich ganz überwiegend in diesem Ost-West-Gegensatzverhältnis gesehen. In den späteren 60er Jahren und dann im Zug der sich in Europa allgemein durchsetzenden Entspannungspolitik, die das innerdeutsche Verhältnis einschloß und unseren vollen Beitritt zu den Vereinten Nationen ermöglichte, weitete sich unser Blick und unsere Verantwortung. Schließlich ließ die Energiekrise des Jahres 1973/74 jedem die neue Realität schlagartig bewußt werden — so wie ein nächtliches Gewitter Landschaften plötzlich grell erleuchtet. Was Anfang der 60er Jahre noch als Umformung kolonialer Verhältnisse in zeitgemäße, aber weiterhin eurozentrische Staatenverbindungen erscheinen mochte — man denke an die ursprüngliche britische Konzeption des Commonwealth of Nations oder an de Gaulles Konzeption einer französischen Communauté — profilierte sich als etwas wirklich Neues und ganz anderes. Eine neue und zahlreiche Gruppe von unabhängig gewordenen Staaten trat auf als eigenständiger, gewichtiger weltpolitischer Faktor, der sich weigerte, die Ost-West-Auseinandersetzung zur eigenen Sache zu machen, ja sie überhaupt als Hauptproblem der Weltpolitik anzuerkennen. Dieses Dritte meldete sich bereits 1955 auf der Bandung-Konferenz vernehmlich zu Wort. Auf jener ersten großen Konferenz, an der weder

östliche noch westliche Staaten teilnahmen, wurden Forderungen verabschiedet, die seither Generalthemen der internationalen Politik sind: Unabhängigkeit, Blockfreiheit, Recht auf eigenständige Entwicklung, kulturelle Eigenwertigkeit.

IV.

Für dieses Dritte, diese politische Kraft außerhalb des westlichen und des östlichen Lagers hat sich der Begriff Dritte Welt eingebürgert. So einprägsam, so griffig das Schlagwort ist, so unscharf sind die Konturen seines Inhalts.

W a s i s t D r i t t e W e l t? Dem Geographen fällt die Definition noch recht leicht: Dritte Welt ist der größte Teil der bewohnten Erdoberfläche, fast die gesamte südliche Halbkugel und von der nördlichen der subtropische und tropische Gürtel. Nur die schmale gemäßigte Zone gehört nicht dazu.

Dritte Welt: das ist auch der überwiegende Teil der Weltbevölkerung und zudem der am stärksten wachsende. Von der heutigen Weltbevölkerung von rund 4 Mrd. gehören schon 2,3 Mrd. zur Dritten Welt, davon 800 Mio. zu den absolut Armen. Bis zum Jahre 2000 wird die Weltbevölkerung um rund 2,5 Mrd. zunehmen, davon allein 2 Mrd. in der Dritten Welt.

Sehen wir uns die inzwischen über hundert Länder dieser Regionen näher an, so zeigt sich, daß der Begriff Dritte Welt nicht Kennzeichen gleichgerichteter Staatsordnungen ist, sondern ein vielfarbiges, politisch, wirtschaftlich, sozial und ideologisch aufgefächertes Spektrum. Es umfaßt Staaten, die seit Jahrtausenden unabhängig sind und daraus besonderen Stolz herleiten und andere, die gerade erst unabhängig geworden sind; übervölkerte Großstaaten und spärlich besiedelte Wüstenländer; feudale Monarchien und demokratische Republiken; westlich-demokratisch und östlich-kommunistisch orientierte Länder; Zwergstaaten und regionale Vormächte; Länder mit moralischer Ausstrahlung und Wortführer progressistischer Programme; bitterarme Staaten, deren wirtschaftliche Lebensfähigkeit zweifelhaft erscheinen muß, und neureiche Rohstoffländer; Schwellenländer, die den Anschluß an die Industrieländer schon nahezu gefunden haben oder in nächster Zukunft finden werden, und Länder, denen das auch in fernerer Zukunft nicht zugetraut werden kann.

Die heutige internationale politische Diskussion gebraucht Dritte Welt gewöhnlich, aber nicht zutreffend genug, für den weniger entwickelten, vielfach rückständigen Teil der Welt. Es sind die armen Entwicklungsländer im Unterschied zu den reichen Industrieländern — obwohl ein Blick in die Statistik zeigt, daß das jährliche Pro-Kopf-Einkommen in Ländern der Dritten Welt zwischen 70 und 15 500 Dollar schwankt: Die eine Zahl Sinnbild bedrückender Armut, die andere höher als die der reichsten Industrieländer. Am einen Ende der Skala stehen die 29 am wenigsten entwickelten Länder, mit jährlichem Pro-Kopf-Einkommen zwischen 70 und 320 US-Dollar, die man auch Vierte Welt nennt, am anderen Ende stehen die superreichen Ölländer, die wegen ihrer sonstigen wirtschaftlichen, sozialen und zivilisatorischen Rückständigkeit zur Dritten Welt gerechnet werden.

Und doch: so sehr man auch im Kreis der Dritte-Welt-Länder differenzieren kann — die Dritte Welt von heute sieht sich in erster Linie in entwicklungspolitischer Hinsicht als Einheit. Auch untereinander verfeindete Länder rechnen sich ihr gemeinsam zu; selbst Kriege und anhaltend schwere Auseinandersetzungen untereinander ändern nichts an der gemeinsamen Zugehörigkeit zur Dritten Welt. Wenn wir das Phänomen Dritte Welt recht begreifen wollen, müssen wir sehen, daß stärker als anderswo in der Weltpolitik multilaterale, gruppentypische Komponenten hervortreten. Da sind zunächst die Foren der Dritten Welt und ihrer Politik: internationale Organisationen, Gremien und Konferenzen, die Generalversammlung der Vereinten Nationen und ihre Ausschüsse, die Welthandelskonferenz und die in sie eingebetteten Verhandlungskonferenzen für einen Gemeinsamen Fonds und Rohstoffabkommen, andere Sonderorganisationen der Vereinten Nationen und in wichtigen Bereichen auch die Seerechtskonferenz. Hier tritt die Dritte Welt in für uns manchmal schwer begreiflichem Maße solidarisch auf. Das Grundproblem „Nord-Süd", „Industrieländer und Entwicklungsländer" und Themen wie „Rassendiskriminierung" und „Beseitigung des Restkolonialismus" begründen die Solidarität und sind gleichzeitig ihr eigentlicher und fast ausschließlicher Inhalt.

Im wirtschaftlichen Bereich ist die Gruppe der 77 stärkste motorische Kraft. Sie trat erstmals 1964 bei der Welthandelskonferenz — UNCTAD — in Genf auf; heute besteht sie aus 115 Mitgliedern und ist der große Kontrahent im wirtschaftlichen Nord-Süd-Dialog.

Politischer Kern der Dritten Welt ist die Gruppe der Blockfreien und Nichtgebundenen, der 87 Länder angehören. Gegründet von Nehru, Sukarno, Nasser und Tito lebte sie anfänglich von der Abgrenzung gegen die Machtblöcke in Ost und West sowie von der politischen Idee eines Dritte-Welt-Sozialismus, der als eigener Weg der Dritten Welt, als Ausweg aus der Unterentwicklung empfohlen wurde. Antikolonialismus, Antikapitalismus und der Wunsch nach radikalen Veränderungen, zunächst in der Weltwirtschaft, gingen Hand in Hand mit revolutionären Änderungen im Innern, dem Abbau feudaler Strukturen, Landreformen, Verstaatlichungen: Alles in allem eine für junge Völker attraktive Ideologie der Befreiung, die mit behaupteter wissenschaftlicher Begründung schnell wirkende Lösungen anpries, um die zahlreichen Probleme nach der Unabhängigkeit zu meistern.

Demgegenüber rückten die Ideale des Westens in den Hintergrund: Demokratie und Rechtsstaat, Parlamentarismus und Mehrparteiensystem, Menschenrechte und Privatinitiative wurden überlagert von kollektivistischen Ordnungsformen mit Einheitspartei und Staatsgewerkschaft, gelenkten Medien und zentraler Planwirtschaft. Nach ein bis zwei Jahrzehnten Laufzeit solcher Modelle, die Gefahr liefen, schließlich mehr Befreiung als Freiheit zu bringen, können wir feststellen, daß sie in den einzelnen Ländern bei der dauerhaften Lösung der Probleme keinen überzeugenden Erfolg verzeichnen konnten. Um so mehr hat diese Form des Sozialismus Ideologie und Wirtschaftspolitik der Dritten Welt insgesamt beeinflußt. Forderungen nach radikalen Lösungen, nach internationalem Dirigismus und nach der Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung wären ohne den Dritte-Welt-Sozialismus nicht zu denken.

Als Gegenpol werden von der Dritten Welt die „reichen Industrieländer" bewußt in ähnlich undifferenzierter Weise zusammengewürfelt, obwohl bei näherer Betrachtung auch hier die Unterschiede ins Auge springen. Da ist zunächst der fortbestehende Unterschied zwischen Ost und West, zwischen freiheitlichen und totalitären Systemen, zwischen Marktwirtschaft und Planwirtschaft, zwischen Freihandels- und Staatshandelsländern — wenngleich, dies sei angemerkt, die Staatshandelsländer bisher in bemerkenswerter Weise auf der Bühne des Dialogs mit der Dritten Welt abwesend waren. Ferner: westliche wie östliche Industrieländer sind in höchst unterschiedlichem Maß am Welthandel beteiligt, von der Ausfuhr ihrer Produkte und der Einfuhr von Energie abhängig; es gibt rohstoffexportierende, autarke und rohstoffimportierende Industrieländer; Länder mit höchst unterschiedlichem Status als Gläubiger oder Schuldner; wirtschaftlich Schwache und noch unzureichend Industrialisierte.

V.

Die internationale Politik wird heute durch dies Rollenspiel an sich heterogener Länder in der Nord-Süd-Auseinandersetzung mitbestimmt. Dritte Welt und Industrieländer stehen sich mit Forderungen und Ansprüchen gegenüber. Dritte Welt ist Forderung als Programm. In Tiers Monde klingt Tiers Etat an, der Dritte Stand der französischen Revolution, der das Ancien Régime hinwegfegte und an seine Stelle etwas Neues, für seine Zeit Unerhörtes setzte; der ausging von der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte und hineinführte in Terror, Diktatur und europäische Kriege.

Ich will hier sicher keine historischen Parallelen an die Wand malen, denn es gibt die begründete Hoffnung, daß die Überzeugung von dem Aufeinanderangewiesensein, von der Interdependenz, vernünftige, friedliche Lösungen bewirken wird.

Jedenfalls steht fest, daß die Dritte Welt prinzipiell fordert, daß sie politisch und wirtschaftlich substantielle Leistungen der Industrieländer fordert und daß gewisse Vorstellungen, radikal durchgeführt, durchaus in eine Umkrempelung bestehender Verhältnisse, insbesondere und zunächst im Wirtschaftlichen, hinauslaufen könnten. Worin bestehen diese Forderungen im einzelnen?

Im Politischen geht es um gleichberechtigte Mitsprache in der Weltpolitik, geht es um Anerkennung einer selbständigen Rolle und eigenständigen Entwicklung, geht es um Respektierung der Blockfreiheit. Was hier schon erreicht wurde, ergibt sich aus der Stellung der Dritten Welt in den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen. Nimmt man den Sicherheitsrat aus, so steht fest: gegen die Dritte Welt geht nichts. Sie ist aufgrund ihrer zahlenmäßigen Stärke jederzeit in der Lage, Resolutionen, die ihre politische Vorstellungswelt widerspiegeln, durchzusetzen und die Gruppe der Industrieländer zu überstimmen. Sie kann die schon erwähnten Solidarisierungsthemen wie Entkolonialisierung und Kampf gegen den Rassismus im südlichen Afrika — ich lasse hier keinen Zweifel, daß auch wir beides verurteilen! — zu den beherrschenden Themen dieser Gremien machen; sie kann jeden Versuch verhindern, prüfen zu lassen, wie es etwa im sonstigen Afrika oder anderen Regionen der Dritten Welt mit der Achtung der Menschenrechte steht.

Andererseits: die Konflikte zwischen Äthiopien und Somalia, Vietnam und Kambodscha, dem Tschad und seinen Nachbarn bleiben in den Vereinten Nationen unerwähnt. Die Dritte Welt fordert Blockfreiheit, doch für Versuche der Sowjetunion, sich neue Macht- und Einflußzonen zu schaffen, findet sie keine geschlossene Abwehr. Sie fordert Abrüstung der Industrieländer verbunden mit Ressourcentransfer in die Dritte Welt, schweigt aber zur indischen Atomexplosion und dem Rüstungswettlauf in eigenen Reihen. Hier zeigen sich entscheidende Grenzen der politischen Handlungsfähigkeit, des künftigen politischen Zusammenhalts.

Der Kern der Forderungen, der von der Gruppe der „77" vertreten wird, liegt jedoch im Wirtschaftlichen: Die von den Vereinten Nationen angenommene „Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten" und die UN-Resolutionen zur Schaffung einer „Neuen Weltwirtschaftsordnung" enthalten die hauptsächlichen Forderungskataloge der Dritten Welt. Es geht dabei weniger darum, der Dritten Welt im Rahmen unserer bestehenden Weltwirtschaftsordnung zu helfen, sondern grundsätzlich darum, das System zu ändern. Die Dritte Welt fordert eine neue Ordnung der Weltwirtschaft, die die überkommenen Austauschstrukturen durch gerechtere ersetzen soll. Die politische Unabhängigkeit soll im Wirtschaftlichen vollendet werden. Dabei geht es — sieht man die Vorstellungen näher an — zunächst hauptsächlich um ein Verteilungsproblem, nämlich den vorhandenen Reichtum zu verteilen, statt gemeinsam neuen Wohlstand für alle zu schaffen.

Die Dritte Welt fordert von uns im einzelnen:

— Ressourcentransfer: Geld als Geschenk oder als Darlehen zu niedrigen Zinsen, und zwar in prozentualer Abhängigkeit vom Bruttosozialprodukt der Industrieländer, insgesamt mindestens 1 %, davon zumindest 0,7 % aus öffentlichen Haushalten. Daneben weitgehender Erlaß der bestehenden Schulden.

— Ein Integriertes Rohstoffprogramm: es soll die Rohstoffpreise an einen Index, d. h. Warenkorb typischer Exportgüter der Industrieländer, binden und sie durch Ausgleichslager auf hohem Niveau stabilisieren. Ein Gemeinsamer Fonds, in den mehrere Rohstoffeinzelabkommen ihre Finanzen einbringen, soll diese Lager finanzieren, könnte aber auch, wenn gewisse Tendenzen sich durchsetzen sollten, in das Marktgeschehen selbst eingreifen.

— Öffnung der Märkte der Industrieländer: Abbau von Zoll- und Handelsschranken für Produkte der Dritten Welt, Wettbewerbsvorteile für ihre Naturprodukte gegenüber synthetischen sowie Erhaltung des Realeinkommens der einzelnen Länder der Dritten Welt. Hier ist gleich und deutlich anzumerken, daß die Forderung auf Öffnung der Märkte der Industrieländer die berechtigste aller Forderungen der Dritten Welt ist.

— Investitionen und Technologietransfer: Dies bedeutete nach den ursprünglichen Vorstellungen — heute stark gemäßigt —, daß Unternehmer aus den Industrieländern in der Dritten Welt Fertigungskapazitäten aufbauen (bis zum Jahre 2000 sollen 25 % der Weltindustrieproduktion in der Dritten Welt domiziliert sein)

und ihre Patente und Lizenzen kostenlos einbringen, wobei der Schutz gegen spätere mögliche Enteignung unzulänglich oder überhaupt nicht geregelt werden sollte.

Diese und andere Forderungen entstanden in der Euphorie der großen Erfolge der OPEC. Die Abhängigkeit der Industrieländer von Energieimporten sollte auch der große Hebel sein, sie durchzusetzen.

Es versteht sich von selbst, daß damit den Erdölländern innerhalb der Dritten Welt — obwohl sie keineswegs typische Länder dieser Gruppierung sind — eine überproportionale Rolle, Gestaltungsmöglichkeit und Verantwortung zuwuchs. Sie sind ihr mit wechselndem Erfolg gerecht geworden. Einige unter ihnen haben Mäßigung, große Verantwortung und erfreuliche politische Durchsetzungskraft bewiesen.

Ich habe bewußt gerafft und weiß, daß dem manche berechtigte Nuancierung zum Opfer fallen mußte. Entscheidend ist aber, daß die Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten und die Dokumente zur Neuen Weltwirtschaftsordnung das in den typischen Foren der Dritten Welt verabschiedete Programm der großen Mehrheit sind und seither in einer Konferenzserie ohne Vorbild verfochten werden. Sie stellen die Herausforderung der Dritten Welt an die Industrieländer dar.

Das Wohlstandsgefälle zwischen Nord und Süd zu verringern, die Kluft zwischen arm und reich wenigstens der Tendenz nach zu mildern, das ist, unabhängig von den jeweils erhobenen Forderungen, die hervorragende Aufgabe unserer Zeit.

VI.

Sie haben mich zu dem heutigen Vortrag natürlich nicht eingeladen, damit ich es bei dieser Sentenz bewenden lasse. Ich will deshalb gern versuchen, Ihnen in Umrissen darzulegen, wie die Bundesregierung sich dieser Herausforderung stellt.

Dabei will ich nicht die zahlreichen Einzelaktionen und unsere Tätigkeit in der multilateralen Gremien beschreiben, mit denen wir unsere Dritte-Welt-Politik in den letzten Jahren geführt haben. Wichtiger erscheint mir, die Grundlinien, Beweggründe, den roten Faden unserer Dritte-Welt-Politik aufzuzeigen.

Alexander von Humboldt sah die e i n e W e l t, den Kosmos als die Einheit aller Erscheinungen unserer physischen Umwelt, die Erde als gemeinsame Heimat aller Menschen; er sah alle Menschen mit gleicher Berufung zur Selbstverwirklichung im Persönlichen wie im Gemeinwesen. Dieses Vermächtnis Alexander von Humboldts haben verheerende Irrungen unserer Geschichte verschüttet und pervertiert und unser Volk und seine Nachbarn ins Unglück gestürzt. Heute stellt sich das freiheitliche deutsche Staatswesen bewußt in Humboldts Nachfolge; und wir befinden uns hier mit unseren Verbündeten in voller Übereinstimmung (auch wenn manche meinen, das „one world concept" sei erst eine Schöpfung der letzten Jahre).

1. E i n e W e l t, das muß vor allem eine Welt d e s F r i e d e n s bedeuten, eine Welt ohne Gewalt unter den Völkern und den Menschen. Deutsche Außenpolitik ist deshalb zunächst Friedenspolitik. Das gilt für unsere Europapolitik und westliche Bünd-

nispolitik ebenso wie für unsere Entspannungspolitik. Dies ist auch Hauptinhalt unseres Verhältnisses zur Dritten Welt. Wir sind dagegen, daß der Ost-West-Gegensatz aus Europa in die Dritte Welt verlagert wird.

So wie Gewaltverzicht ein Eckstein unserer Politik ist, fordern wir auch Gewaltverzicht in der Dritten Welt und tragen nach besten Kräften zu friedlicher Konfliktlösung durch Verhandlungen bei. Diesem Ziel dient unser Wirken in den Vereinten Nationen, jetzt insbesondere im Sicherheitsrat — Namibia sei hier nur als Stichwort erwähnt.

Wir befürworten, den Rüstungswettlauf einzustellen, um Ressourcen freizusetzen für die Unterstützung der Entwicklungsländer. Sie wissen, daß gerade hierzu in den nächsten Wochen eine Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen zusammentritt.

2. Eine Welt — das bedeutet eine Welt der gleichberechtigten, unabhängigen, ihre Geschicke selbst bestimmenden Staaten. Kolonialismus und Rassismus haben keine Daseinsberechtigung mehr. Wir sind bemüht, die tatsächliche Unabhängigkeit junger Staaten politisch und wirtschaftlich zu fördern.

   Wir verurteilen die Versuche, junge Staaten, eben der kolonialen Abhängigkeit entronnen, wieder neuem Einfluß von außen, sei er machtpolitisch oder ideologisch, zu unterwerfen.

3. Eine Welt, das ist auch eine Welt, in der alle Staaten aufeinander angewiesen sind und voneinander abhängen. Interdependenz ist ein Schlüsselwort unserer Zeit.

   Wir wissen, wie schnell Konflikte in der Dritten Welt — denken wir etwa an den Nahen Osten oder an das Horn von Afrika — auch auf Mitteleuropa rückwirken und unsere Sicherheit gefährden können. Unsere Friedens- und Gewaltverzichtspolitik in diesen Regionen ist daher auch Vertretung ureigener deutscher Interessen.

   Die Bundesrepublik Deutschland als führendes Industrieland lebt wesentlich von Exporten; jeder 4. Beschäftigte in unserer Industrie ist für ausländische Besteller tätig. Zugleich sind wir mehr als andere abhängig von der Einfuhr von Energie und Rohstoffen. Unsere Partner in der Dritten Welt benötigen unser Kapital und unsere Industrieausrüstungen, um selbst Industrien aufzubauen und so Arbeitsplätze für ihre schnell wachsenden Bevölkerungen zu schaffen. Die wirtschaftliche Interdependenz ist die Grundlage unseres Wohlstands.

4. Eine Welt, das muß auch eine Welt sein, in der den Menschenrechten und der Menschenwürde weltweit mit den jeweils geeigneten Mitteln zum Durchbruch verholfen wird. Menschenwürde bedeutet Möglichkeit zu menschenwürdiger Existenz. Wir stellen uns deshalb dem Kampf gegen Hunger und Elend. Auch hier im Bewußtsein der Grenzen unserer Leistungsfähigkeit — wir können keine weltweite Sozialfürsorge aufbauen —, aber auch in der Überzeugung, daß erst die Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit dauerhaften Frieden verspricht.

Wir wissen, daß ein Ressourcentransfer in Länder der Dritten Welt noch lange vonstatten gehen muß. Wir akzeptieren deshalb das 1-Prozent-Ziel der Vereinten Nationen und können feststellen, daß durch das staatliche und private Engagement unserer Wirtschaft, unserer Kirchen, Stiftungen und anderer gesellschaftlicher Gruppen mehr als 1 % unseres jährlichen Bruttosozialproduktes an die Dritte Welt abgegeben wird. Der öffentliche Sektor hat das 0,7-Prozent-Ziel noch nicht annähernd erreicht. In den vergangenen Jahren und auch 1978 ist jedoch der Haushalt für Entwicklungshilfe mit höheren Raten gestiegen als der gesamte Bundeshaushalt.

5. Eine Welt, das soll auch eine Weltwirtschaft bedeuten. Im Bestand einer funktionierenden Weltwirtschaft liegt die beste Garantie für wirtschaftliches Wachstum und sozialen Fortschritt der Dritten Welt. Nur im Rahmen einer funktionierenden Weltwirtschaft kann ihr wirksam geholfen werden, nur bei funktionierender Weltwirtschaft können wir die dazu nötigen Leistungen erbringen.

   Die eine Weltwirtschaft setzt möglichst freien Handelsaustausch in einem Wirtschaftsraum voraus. Wenn einzelne Teilnehmer sich voneinander abschließen, wird das Handelsvolumen insgesamt schrumpfen, die Wohlfahrt aller sinken. Wir wenden uns deshalb gegen protektionistische Tendenzen, woher sie auch kommen, und wir fordern die Offenhaltung und Öffnung der Märkte und den Abbau von Zoll- und Handelsschranken.

   Die Weltwirtschaft muß, soll sie richtig funktionieren, eine marktwirtschaftliche sein, mit dem Korrektiv des Sozialen, so wie wir sie selbst in der Bundesrepublik Deutschland seit ihrer Gründung mit Erfolg praktizieren. Der wirtschaftliche Austausch soll sich grundsätzlich auf Märkten vollziehen, nicht von bürokratischen oder dirigistischen Behörden geplant und gesteuert werden. Dort aber, wo sozial Schwache geschützt werden müssen, ist Regelung — sei es im nationalen, sei es im internationalen Rahmen — am Platz. Sozial schwach sind in der Welt die Entwicklungsländer, insbesondere wenn sie vom Export weniger Güter abhängen. Hier haben wir, um ein herausragendes Beispiel zu zitieren, mit unseren EG-Partnern den assoziierten Ländern in Afrika, in der Karibik und im Pazifik durch das Abkommen von Lomé richtungsweisend geholfen.

   Die Weltwirtschaft, soll sie nutzbringend für alle Beteiligten sein, muß eine arbeitsteilige sein. Jedes Land soll möglichst herstellen, was es am besten und kostengünstigsten produzieren kann.

   Wir müssen bereit sein, die dadurch bei uns notwendigen Strukturänderungen zugleich behutsam und entschlossen anzugehen.

6. Eine Welt, das bedeutet vertrauensvolle Zusammenarbeit und gleichberechtigte Partnerschaft. Keine Ländergruppe sollte einer anderen Entscheidungen aufzwingen, weder durch Druck noch durch Boykott und Kartellbildung.

Wir wollen Kooperation statt Konfrontation. Wir nehmen die Interessen und Forderungen der Dritten Welt ernst und erwarten, daß sie auch unsere Probleme ernst nimmt. Wir scheuen uns nicht zu sagen, wo wir eigene Interessen verfechten, denn wir glauben,

daß mit gutem Willen und in vertrauensvoller Partnerschaft die Synthese gefunden werden kann, die allein unsere gemeinsame Zukunft verbürgt.

VII.

Die Herausforderung der Dritten Welt an die Industrieländer geht uns alle an. Die Bundesregierung bemüht sich in dem Rahmen, den ich Ihnen aufgezeigt habe, auf diese Herausforderung konstruktiv zu antworten. Doch sie ist auf das Verständnis, auf kritische Zustimmung, auf engagierte Unterstützung, auf die Opferbereitschaft der Bürger angewiesen. Erlauben Sie mir hierzu, besonders die Wissenschaftler, Forscher und Lehrer unter Ihnen anzusprechen:

Ich erwähnte zuvor den sog. Dritte-Welt-Sozialismus. Er glaubt an wissenschaftliche Leitbilder, hält sich an vorgebliche wissenschaftliche Analysen und an ebensolche wissenschaftlich begründeten Rezepte, um aus dem Zustand der Unterentwicklung herauszukommen. Sehen wir uns diese vorgeblichen wissenschaftlichen Rezepte näher an, so entsprechen sie häufig nicht dem, was von freier und unabhängiger Forschung erwartet wird. Allzuoft entstehen sie als Auftragsarbeiten in festgelegter ideologischer oder politischer Zielrichtung. Doch wenn die Regierungen der Industrieländer dagegen argumentieren, erscheinen sie suspekt — reine Eigeninteressen oder sogar unlautere Absichten werden unterstellt. Anders die unabhängige Wissenschaft: hier eröffnet sich für sie ein wohl mühsames, aber lohnendes Feld der Forschung über bisher tabuisierte oder ideologisch fixierte Themen. Bevölkerungspolitik, Rohstoffproblematik, Fortentwicklung der Weltwirtschaft seien nur beispielhaft genannt.

Ich erwähnte das notwendige Engagement unserer Staatsbürger: Sie müssen dazu erst einmal informierte Bürger sein. Hier liegt eine hohe Verantwortung unserer Lehrer an Schulen und Universitäten, der jungen Generation den Blick über die engeren nationalen Zusammenhänge hinaus zu erschließen auf die eine Welt, die wir mit den Ländern der Dritten Welt teilen; der jungen Generation ein zutreffendes, gerechtes und zeitgemäßes Bild der Dritten Welt und ihrer Menschen zu vermitteln; sie zu kritischem Mitdenken und tätiger Mitarbeit anzuleiten; Vorurteile, gleich woher sie kommen, zu bekämpfen; Lehrbücher in diesem Geist verantwortlich zu gestalten; kurz: auch im Verhältnis zur Dritten Welt den kenntnisreichen und verantwortungsbewußten Bürger zu erziehen.

Lassen Sie uns auf die Herausforderung der Dritten Welt getreu dem Vorbild Alexander von Humboldts gemeinsam antworten, indem wir die Grenzen wissenschaftlicher Erkenntnis erweitern, indem wir die Bodenschätze unserer Erde erforschen und unser Wissen um rationelle, sparsame Nutzung verfeinern und allen zugänglich machen, indem wir das Streben junger Völker nach Unabhängigkeit aufrichtig unterstützen und dabei Augenmaß für das Mögliche wahren, indem wir im Ärmsten der Dritten Welt zu allererst den Menschen sehen — so wie Humboldt es am sturmgepeitschten Quindéu-Paß tat, als er es empört von sich wies, einen Indio als Tragtier zu besteigen.

In diesem Sinne wiederhole ich meine guten Wünsche für die künftige Arbeit der „Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin".